

NIDAU.links

| November 2018

| SP Nidau

„Bürgerliche Salami taktik“

Der Stadtrat nimmt bei der Kita-Initiative einen unnötigen Umweg

Seite 2

„Folgenreiche Steuersenkung“

Fr. 175.- sparen oder intakte Schulliegenschaften?

Seite 6

„Kreuz und Quer“

Das Kreuz Nidau als Treffpunkt im Wandel der Zeit

Seite 7



**Die BAR. ist da, sie funktioniert.
Jetzt sollte mehr folgen.**

Ein Gespräch mit Steve Iseli über die BAR. auf dem Expo-Gelände und das Potential freier Flächen.

Interview auf Seite 4

AUS DEM STADTRAT

Bürgerliche Salami taktik unter gütiger Mithilfe der EVP



Autor: Michael Kramer, Vorstandsmitglied SP Nidau, Mitglied des Kita-Initiativ-Komitees

Bei der Beratung der Kita-Initiative in der Juni-Sitzung des Stadtrates gab es so manche Überraschung zu bestaunen: die FDP stilisierte sich zur grossen Unterstützerin von ausserfamiliärer Kinderbetreuung und von Tagesstrukturen empor, und Stadträtinnen und Stadträte, die sich klar gegen ausserfamiliäre Betreuung aussprachen, stimmten dennoch für die Ausarbeitung eines Reglements zu ebendieser - kurios! Aber gehen wir doch der Reihe nach.

Der Ursprung der Initiative für ein familienfreundliches Nidau - oder eben der Kita-Initiative - ist ein Geschäft im Stadtrat Ende 2016, nämlich eine Motion der jetzigen Stadtratspräsidentin Bettina Bongard (SP) unter dem Titel „Ferienbetreuung“. Eine Diskussion des Geschäfts blieb jedoch aus, denn von der bürgerlichen Seite des Stadtrats wollten nämlich sage und schreibe gar keine Stadträtinnen oder Stadträte auch nur ein Wort zu den Voten der Befürworterinnen und Befürworter sagen. In der Abstimmung konnte dann dank einigen Abweichtlern wenigstens noch verhindert werden, dass der Vorstoss einfach sang- und klanglos abgeschrieben wurde.

GESPRÄCHSVERWEIGERUNG FÜHRTE ZUR VOLKSINITIATIVE

Angesichts dieser Gesprächsverweigerung und der Tatsache, dass für die Bürgerlichen moderate Mehrausgaben von Fr. 50'000 pro Jahr offenbar zu hoch waren, um die Situation von berufstätigen Doppelverdiener-Ehepaaren oder Alleinerziehenden deutlich zu verbessern, entschloss sich die SP, ihre Ziele auf dem Weg einer Volksinitiative weiter zu verfolgen. Die Kita-Initiative war geboren, und innert kürzester Zeit kamen trotz Sommerferien mehr als genug Unterschriften zusammen, um diese bei der Stadtkanzlei einzureichen.

In der diesjährigen Juni-Sitzung des Stadtrats war es dann soweit: die Kita-Initiative war traktandiert. Es wäre darum gegangen, dass der Stadtrat eine Parole dazu fasst und die Eckpunkte des Abstimmungstextes festlegt. Kurz vor der Sitzung brachte dann die FDP den Antrag in Umlauf, das Geschäft zurück zu stellen und durch den Gemeinderat einen Gegenvorschlag in Form eines Reglements zur Kinderbetreuung ausarbeiten zu lassen.

WUNDERSAMER MEINUNGSUMSCHWUNG AUF BÜRGERLICHER SEITE

Was man von linker Seite dann von „Drüben“ zu hören bekam, trieb einem fast Freudentränen in die Augen. Ein Wunder musste geschehen sein. Plötzlich traten Vertreterinnen und Vertreter der FDP und sogar die SVP-Fraktion— viele davon waren schon 2016 im Stadtrat und damals mucks-mäuschen still geblieben - als flammende Verfechter von

Kindertagesstrukturen auf. Auch die FDP Schweiz habe schliesslich ein Positionspapier zu Kinderbetreuung, liess zum Beispiel Ralph Lehmann von der FDP verlauten. Leander Gabathuler von der SVP konnte die Anliegen der Initiative „sogar“ nachvollziehen.

Klar gegen den Ausbau ausserfamiliärer Betreuung äusserte sich hingegen Paul Blösch von der EVP. Wartelisten seien zu akzeptieren, befand er, dann hätten die Familien Zeit, über andere, bessere Lösungen nachzudenken. Ähnlich äusserte sich Ursula Wingeyer von der SVP: Manche, die Kitas in Anspruch nähmen, machten es sich zu einfach. Im Zweifelsfall kündigt man offenbar also besser mal vorsorglich seinen Job, wenn man ein Kind erwartet, sollte man sein Pensum nicht beliebig und kurzfristig reduzieren können. Immerhin wies Paul Blösch noch darauf hin, dass sich auch die Väter um die Kinder kümmern sollten. Ob Mama oder Papa kündigen soll, darf man also doch noch selbst entscheiden.

WUNDER GIBT ES EBEN DOCH NICHT

Beide liessen sich durch ihre negative Einstellung zu Kitas jedoch nicht davon abhalten, dem Antrag der FDP zuzustimmen, statt sich - der Anstand würde es gebühren - zu enthalten. Sie entlarvten damit exemplarisch den wahren Grund für den Gegenvorschlag via Reglement: die Anliegen der Kita-Initiative sollen so stark verwässert werden, wie nur irgendwie möglich, sodass sich Gemeinde und Stadtrat weiterhin aus der Verantwortung stehlen können, ihre Aufgaben in diesem wichtigen Bereich wahr zu nehmen.

IMPRESSUM:

Auflage: 4000 Exemplare

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Nidau, info@sp-nidau.ch, www.sp-nidau.ch

Redaktionsteam: Bettina Bongard, Tobias Egger, Michael Kramer

Beiträge: Bettina Bongard, Tobias Egger, Nils Kallen, Michael Kramer

Verteilung: Direct Mail Biel-Bienne AG

Fotos: SP Nidau, Bar., Armin Schneiter, Nidau

Druck: Witschi Druck, Nidau

Layout / Satz: Herren Print AG, Nidau

Familie und Beruf

Durch die bessere Vereinbarkeit steigert sich das Erwerbseinkommen von Familien.

Das ist auch gut für die Sozialversicherungen, die Unternehmen und die öffentliche Hand.

Wichtig ist, dass auch während der Schulferien keine Betreuungslücken bestehen.

KINDERBETREUUNG
FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE





„Viele bleiben aussen vor: In Nidau fehlen dringend benötigte Kita-Plätze.“

DAS WILL DIE KITA-INITIATIVE

Die Stadtordnung von Nidau wird mit folgendem Artikel ergänzt:

Artikel 2b:

1. Die Stadt Nidau gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten und umliegenden Gemeinden ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breitgefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht.
2. Das Betreuungsangebot wird insbesondere auch während der Schulferien gewährleistet.
3. Der Elternbeitrag wird subventioniert. Die Höhe der Subvention richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern. Der Gemeinderat legt die Ausführungsbestimmung fest.

Weitere Infos: www.sp-nidau.ch -> Menüpunkt „Kita-Initiative“

KOMMENTAR DES AUTORS

ZUR ILLUSION EINER LINKEN MEHRHEIT

„Die linke Mehrheit des Stadtrates tue dies, die linke Mehrheit des Stadtrates tue das“, hörte man im Stadtrat vor allem aus den Reihen der SVP mehr als einmal seit den Wahlen im Herbst 2017. Dabei ist es eine Utopie zu glauben, dass es im Stadt- wie auch Gemeinderat eine linke Mehrheit gibt. Zünglein an der Waage spielt die EVP. Klar, die EVP ist nicht dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen. Aber genauso wenig kann man sie klar der Linken zuordnen. Bei Geschäften, welche knapp ausgehen, werden wir wohl öfters entweder eine Mitte-Links oder eine Mitte-Rechts-Mehrheit haben. Das Spiel mit dem Zuschieben des „Zonks“ an die Linke, das jetzt schon zu beginnen scheint, kann man alleine deshalb getrost ignorieren. Aber glaubwürdig wäre das auch sonst nicht: schliesslich handelt es sich bei kommenden, finanziellen Herausforderungen vorwiegend um Versäumnisse, die teils deutlich bürgerliche - und nicht herbei fantasierte - Mehrheiten des Stadtrats zu Verantworten haben. Nicht zuletzt deshalb wurde die Linke bei den Wahlen vielleicht in der Wählergunst bevorzugt. Und wer weiss: vielleicht wird eine echte, linke Ratsmehrheit nach den nächsten Wahlen ja sogar Realität!

STADTORDNUNGSARTIKEL ODER REGLEMENT: WAS MACHT DAS DENN FÜR EINEN UNTERSCHIED?

Nur der vorgeschlagene Stadtordnungsartikel gibt Familien die Sicherheit, die sie für die Vereinbarung von Familie und Beruf benötigen. Denn nur durch die Stadtordnung kann garantiert werden, dass Familien, welche die kantonalen Richtlinien für einen Betreuungsgutschein - dieses System wird 2019 eingeführt - erfüllen, auch wirklich einen Gutschein beanspruchen können. Wird der Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten lediglich in einem Reglement verankert, ist bereits jetzt absehbar, dass die dafür nötigen Mittel in den Budgetdebatten immer wieder zur Diskussion gestellt und so gekürzt werden, dass der Zugang wiederum nicht garantiert ist. Wir wären dann wieder beim Status Quo.

INTERVIEW

„Die BAR. ist da, sie funktioniert, jetzt sollte mehr folgen.“



Autor: Nils Kallen, Stadtrat und Vorstandsmitglied SP Nidau

Ein Gespräch mit Steve Iseli vom Verein FAIR über die BAR. auf dem Expo-Gelände und das Potential freier Flächen.

Wie und wann ist die Idee für die BAR. entstanden?

Wir wollten zeigen, dass auch im Ausgang Nachhaltigkeit möglich und gefragt ist. BAR. sollte andere BetreiberInnen zum Umdenken motivieren, indem sie aufzeigt, dass trotz sozialer und ökologischer Grundwerte eine ökonomische Nachhaltigkeit erreicht wird. Sie sollte Konsumenten zeigen, dass Nachhaltigkeit nicht automatisch Konsumverzicht heisst. Natürlich müssen wir als Gesellschaft suffizienter werden, dies aber von Anfang an einzufordern, ist kontraproduktiv. Die BAR. sollte «nur ein Sämling setzen». Bereits 2011 hatten wir ein Konzept ausgearbeitet und uns mit der Stadt Nidau in Verbindung gesetzt. Die Dimensionen des Projektes waren grösser, wir wollten eine mehrjährige Zwischennutzung.

„Nachhaltigkeit bedeutet nicht zwingend Konsumverzicht.“

Leider waren wir damals zu früh. Zwischennutzungen und Pop Up's waren hierzulande noch kein Thema, und das Verständnis für deren Mehrwert nicht vorhanden. Angst vor negativen Konsequenzen für das Agglolac-Projekt hat auch noch ihren Teil dazu beigetragen. So kamen wir trotz

zwei voll ausgearbeiteten Baugesuchen und mehreren Auszeichnungen nicht vom Fleck und entliessen 2015 die Vision einer Nachhaltigkeitsplattform aus dem Verein FAIR.

Das ist ein Anfang. Jetzt sollte noch mehr passieren.

Privat wollten wir dennoch beweisen, dass unser Sortiment funktioniert und einem Bedürfnis entspricht. Daher haben wir unabhängig von Verein und Stiftungen mit knapp fünfzehn Prozent der ursprünglichen Investitionssumme einen temporären Barbetrieb konzipiert. Dieser wurde von Nidau bewilligt und konnte bereits zum zweiten Mal auf dem Expoplatz durchgeführt werden. Das ist ein Anfang. Jetzt sollte noch mehr passieren.

Abgesehen von den oben genannten Problemen, hattet ihr auch andere Schwierigkeiten?

Das Baurecht kennt nur zwei Bauweisen: maximal 90 Tage pro Kalenderjahr oder gebaut für die Ewigkeit. Eine Erstellung von einfachen Gebäuden für eine Nutzung von mehr als drei Monaten ist nicht vorgesehen. Es macht aber ökonomisch und ökologisch keinen Sinn, ein temporäres Gebäude so bauen zu müssen, als würde es die nächsten 100 Jahre dort stehen bleiben. Zudem reichen 90 Tage kaum, um Transport-, Erschliessungs-, Auf- und Abbaukosten zu decken. Darum scheitern viele Initiativen bereits an der Bewilligung, können nicht getestet werden und ihr Potenzial gar nie aufzeigen. So fehlen dann wichtige Impulse für eine Gemeinde oder eine Region.

„Viele Initiativen scheitern bereits an der Bewilligung.“

Ein Beispiel dafür kann ich anhand der

BAR. aufzeigen: Als wir das Projekt gestartet haben, mussten wir unsere Getränke von zehn verschiedenen Quellen beziehen. Nach dem Aufzeigen der Nachfrage hat der lokale Getränkehändler nun alles im Sortiment. Durch die einfachere Verfügbarkeit haben einige Betriebe und der Pod'Ring ihr Angebot teilweise angepasst. Ein kleiner Erfolg der BAR., welcher bereits vor Jahren hätte seine Wirkung entfalten können. Heute würden wahrscheinlich viel mehr nachhaltige Produkte in der Region verkauft und vielleicht sogar produziert werden, hätten wir schon früher loslegen können.

Neben der BAR. engagiert ihr euch ehrenamtlich im Verein FAIR., dem «Haus pour Bienne» oder im Kreuz Nidau. Woher nehmt ihr Zeit und Energie dafür?

Eine Grundvoraussetzung für mehr Zeit ist weniger bezahlt arbeiten zu müssen. Durch tiefe Wohnkosten in unserer WG fällt ein grosser Ausgabenposten weg. Darum muss niemand 100 Prozent arbeiten und kann die frei gewordene Zeit für Herzensangelegenheiten nutzen. Meine Hypothese ist, dass Einwohner*innen, welche es sich leisten können ihr Arbeitspensum zu reduzieren, sich in der frei gewordenen Zeit überdurchschnittlich viel für die Gesellschaft einsetzen.

„Es wäre schade, diese Stadt zu einer Schlafstadt verkommen zu lassen.“

Für ein funktionierendes Gemeinwesen ist nichts so wichtig wie eine Wohnpolitik, die dies berücksichtigt. Es bringt nichts, nur Wohnraum für Gutverdienende zu bauen, die dann keine Zeit zur Partizipation am öffentlichen Leben in der Gemeinde haben. Nidau hat grosses Potential, es wäre schade, diese Stadt zu einer Schlafstadt verkommen zu lassen.

Was wünschst du dir für zukünftige Projekte?

Ich wünsche mir kürzere Umsetzungszeiten für Projekte aus der Nidauer Bevölkerung. Je früher diese umgesetzt werden, desto länger kann die Gemeinde davon profitieren. In jedem vergangenen Jahr seit dem ersten Umsetzungsversuch der BAR, beispielsweise, hätten Begegnungen, Synergien, Impulse aber auch Steuereinnahmen passieren können, die im Vergleich zu heute potenziert wären. Nidau soll Mut haben und neuen Ideen Raum geben. Oft brauchen gute Ideen nur Platz, sich entfalten zu können und gehen später in eine andere Form über. Das kann selbstverständlich auch heissen, dass mal etwas nicht funktioniert. Dann macht man das so nicht weiter. Aber wenn's gut ist, hat man gemeinsam etwas Neues geschaffen.

„Nidau soll Mut haben und neuen Ideen Raum geben.“

Auf meinem langjährigen (Leidens-) Weg mit der BAR und anderen Projekten habe ich gelernt, die Stadtverwaltung als Partner

zu verstehen. Heute fühle ich mich ernst genommen und sehe, dass die Verwaltungsangestellten im von der Politik vorgegebenen Rahmen ihr Möglichstes versuchen, um zu helfen. Es brauchte aber Jahre, um gegenseitiges Vertrauen und Verständnis aufzubauen. Würde dieses konstruktive Verhältnis von Anfang an bestehen, könnte zusammen viel mehr bewegt werden. Ich erlebe aber, dass die Bevölkerung, die Politik und die Verwaltung sich gleichermassen auseinandergeliebt haben. Wie in einer langjährigen Beziehung müsste man sich da mal aussprechen und erneut für einander entscheiden. Verstehen, dass jeder und jede für die Kommune Nidau verantwortlich ist und dazu beitragen kann und vor allem darf!

„Zusammen könnte viel mehr bewegt werden.“

Die Bevölkerung muss wissen, dass sie gefragt ist und dass sie mithelfen soll. Sie muss dabei unterstützt und durch eine offene Kultur motiviert werden.

Lokalen Initiativen gegenüber wünsche ich mir eine Haltung von Politik und Verwaltung, in der lieber einmal zu viel «Ja» gesagt

wird. Ich wünsche mir grundsätzlich, dass die Politik nicht aus Angst vor möglichen Konsequenzen am Volk vorbeitaktiert oder Projekte vorsorglich verhindert, sondern die Bevölkerung fragt, was sie will.

„Lieber einmal zu viel „Ja“ sagen.“

Definieren wir doch Gebäude und Flächen, welche für Projekte zur Verfügung stehen und fragen die Bewohner an der Urne, ob sie dort Zwischennutzungen will. Wenn die Abstimmung positiv ausfällt haben Politik und Verwaltung einen verbindlichen Auftrag und dürfen «Ja» sagen. Wenn die Bevölkerung dies nicht wünscht, wissen Projektinitianten woran sie in Nidau sind und planen in einer anderen Gemeinde.



„Sich an Nachhaltigkeit orientierende Getränke sind jetzt auch im Sortiment von lokalen Getränkehändlern.“



„Der Bar, sei Dank: Buntes Gewusel statt langweilige Einöde auf dem Expo-Areal.“

BAR, ist ein mobiler Gastronomie-Betrieb auf dem Expo-Platz. Das Produktangebot besteht ausschliesslich aus regionalen, ökologischen oder fair gehandelten Getränken und ersetzt jedes konventionelle Produkt durch eine nachhaltigere Variante.

Eckdaten April – Juli 2018

- über 20'000 Besucher*innen
- 15 Mitarbeiter*innen, 7 davon aus Nidau
- davon 3 Beschäftigte mit Fluchthintergrund
- Erlös von über 10'000.- an den Verein FAIR, Kultur Kreuz Nidau+ und Wasser für Wasser

<http://fair.bar/>

<https://www.instagram.com/barparlapapp>

<https://www.facebook.com/barnidau>

<https://www.verefair.ch/>

MEINUNG

Folgenreiche Steuersenkung – Fr. 175.– sparen oder intakte Schulliegenschaften?



Autor: Tobias Egger, Stadtrat, Fraktionspräsident und Vorstandsmitglied SP Nidau

Anlässlich der Sitzung des Stadtrates vom 19. November 2015 ist eine Steuersenkung von einem Anlagezehntel mit 25 Ja zu 4 Nein angenommen worden. Aus dem Protokoll der vorangehenden Debatte ist zu entnehmen, dass sich diese Senkung beim durchschnittlichen Steuerzahler mit einer Reduktion von ca. Fr. 175.- bemerkbar machen würde.

Die Fraktion Grüne/EVP hatte zuvor einen Antrag gestellt, mit Blick auf den noch ausstehenden Bericht über die Schulraumplanung auf eine Steuersenkung zu verzichten. Dem hielt Thomas Spycher (Finanzplaner, FDP) entgegen: « {...}die Argumentation, wonach nun plötzlich die Kosten der Schulraumplanung ein Hindernis für eine Steuersenkung darstellen sollten, ist nicht glaubwürdig». Selbst der damalige Ressortvorsteher, Christian Bachmann (SP), der sich für die Steuersenkung einsetzte, hielt demgegenüber in seinem Einstiegsvotum fest, dass Unsicherheiten im Raum stünden, Steuersenkung hin oder her. Er hoffe sehr, dass –

sollten sich die Umstände in eine negative Richtung verändern – der Steuerfuss wieder zur Diskussion gestellt werden könne. Eine Steuersenkung könne nicht ewig Bestand haben. Im Ergebnis wurde der Antrag der Fraktionen Grüne/EVP abgelehnt und die Steuersenkung angenommen. Der damalige Informationsstand des Stadtrates liess die Steuersenkung mit Blick auf das damalige Eigenkapital der Stadt Nidau von über 12 Millionen Franken auch für die SP und mich als vernünftig erscheinen.

DIE STEUERSENKUNG KANN NICHT EWIG BESTAND HABEN

Diese Betrachtungsweise sollte sich jedoch rasch ändern. Im Dezember 2016 wurden die Fraktionspräsidenten der Nidau Parteien, noch vor der Öffentlichkeit, durch Vertreter der Verwaltung und des Gemeinderates über das Ergebnis der Schulraumplanung vorinformiert. Das Ergebnis: katastrophal. Auf die Gemeinde Nidau kommen Kosten von bis zu 70 Millionen Franken für die Sanierung der bestehenden Schulstandorte und den Bau eines neuen Schulhauses zu. Das Eigenkapital, mit dem 2015 die Steuersenkung legitimiert wurde, erschien nun verschwindend klein. Einzig positiver Umstand: das rekordtiefe Zinsniveau erlaubt eine günstige Aufnahme von Fremdkapital.

Bei genauerer Betrachtung fällt zudem auf, dass es bei diesen Sanierungen nicht um Luxuslösungen geht, sondern um dringend notwendige Massnahmen. Der bauliche Zustand einiger Liegenschaften (etwa Standort Weidteile, Schulhaus Bürger-

beunden und der Kindergarten Birkenweg) ist in der Bewertungsskala tiefrot eingefärbt. Aus der Abteilung Infrastruktur lässt man sogar verlauten, dass im Kindergarten Birkenweg - ein über dreissigjähriges Provisorium - das Dach seit einiger Zeit undicht ist und die Angestellten regelmässig Kübel aufstellen müssen, weil es hinein tropft. Doch für solche dringenden Sanierungen scheinen keine Mittel verfügbar zu sein, weil zunächst das neue Schulhaus Beunden-Ost für 22 Millionen Franken gebaut werden muss - und der Gesamtgemeinderat natürlich von einer Steuererhöhung absehen wollte. Dies zeigt sich schon daran, dass der Schlussbericht und das Ergebnis der Schulraumplanung dem Stadtrat und der Öffentlichkeit erst nach der Budgetsitzung im November 2016 zugänglich gemacht wurden, obschon der Bericht auf Juni 2016 datiert ist.

EINE RASCHE KORREKTUR IST DRINGEND ANGEZEIGT

Diese Ausführungen sollen nicht etwa den Entscheid von 2015, die Steuern zu senken, verteufeln. Vielmehr sollen sie aufzeigen, dass sich seither die Sach- und Informationslage stark verändert hat. In der heutigen Situation und mit den heutigen Erkenntnissen muss dringend die Frage gestellt werden, ob die Steuern nicht mindestens wieder auf den Stand vor der Senkung angehoben werden müssen. Ich stelle diese Frage nicht etwa um irgendwelche schönen Fantasieprojekte zu finanzieren, sondern weil ich der Ansicht bin, dass wir unsere SchülerInnen und Schüler nicht in baufällige, teils undichte Schulbauten schicken sollten. Das sind mir die Fr. 175.- wert.

FOLGENREICHE STEUERSENKUNG

- Steuersenkung angenommen am 19. November 2015 25 ja zu 4 nein stimmen.
- «Er weise darauf hin, dass Unsicherheiten im Raum stünden, Steuersenkung hin oder her. Er hoffe sehr, dass – sollten sich die Umstände in eine negative Richtung verändern – der Steuerfuss wieder zur Diskussion gestellt werden könne. Eine Steuersenkung könne nicht ewig Bestand haben.» Zuständiger Gemeinderat Bachmann im Stadtrat zur Steuersenkung.
- «Er habe es bereits anlässlich der letzten Sitzung des Stadtrates festgestellt: die Argumentation, wonach nun plötzlich die Kosten der Schulraumplanung ein Hindernis für eine Steuersenkung darstellen sollten, sei nicht glaubwürdig.» so Thomas Spycher zum Antrag der Fraktion Grüne/EVP aufgrund der Unsicherheiten im Zusammenhang mit künftigen Investitionen in die Schulliegenschaften auf eine Steuersenkung zu verzichten.
- «Eine Investition von rund CHF 22 Millionen ist vertretbar, wenn: 1. Das jährliche Investitionsvolumen im Planungshorizont bis 2021 beim allgemeinen Haushalt auf höchstens CHF 5 Millionen reduziert wird. Das bedeutet, dass neben dem Schulhausbau kaum noch Mittel und Ressourcen für weitere Investitionen zur Verfügung stehen werden. 2. Eine jährliche Besserstellung von rund CHF 3 Millionen gegenüber den im Finanzplanzahlen 2016 -2021 ausgewiesenen Rechnungsergebnissen erzielt werden kann.» Ergebnis Analyse Ressort Finanzen (Bericht Schulraumplanung und Antrag über weiteres Vorgehen).

RECHERCHE

Kreuz und Quer



Bettina Bongard, Stadtratspräsidentin und Vorstandsmitglied SP Nidau

In jungen Jahren habe ich das Kreuz als alternative Genossenschaftsbeiz kennen gelernt. Des Öfteren war es um uns geschehen, wenn wir nach der Arbeit auf ein „Fürobier“ im Kreuz in einer gemütlichen Runde zusammen diskutierten, anschliessend im Saal ein Konzert genossen und das frühabendliche Apéro schlussendlich bis Mitternacht dauerte.

Das breite Angebot an kulturellen Anlässen liessen mich spannende Künstler, verschiedene Musikrichtungen und ein vielfältiges Angebot an Kleinkunst kennenlernen. Ja, im Kreuz Nidau wurde und wird auch heute noch Nidauer-Leben geschrieben.

DIE JAHRE ALS GENOSSENSCHAFT

Als sieben junge Bernerinnen und Berner um Res Balzli und dessen Schwester 1982 den einstigen FDP-Treff übernommen hat-

ten, um dort ihren Traum vom selbst verwalteten Betrieb zu realisieren, war ihnen zunächst ziemliches Misstrauen entgegen geschlagen. Sie schafften es dennoch, die Ortsvereine zu gewinnen, die im Kreuz gerne bei Erbsensuppe und Speck ihre Versammlungen abhielten. Wenn an der geschlossenen Tür mal ein Zettel mit der Aufschrift „Sind an Zaffaraya-Demo“ gehangen hatte, wurde dies gerade noch toleriert.

WAS MOZARTS REQUIEM MIT DEM DEFILEE ZU TUN HAT...

Zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft war im Januar 1991 ein Militärdefilee durch Nidaus Städtchen geplant. Das konnten die Genossenschaftsbeizer um Res Balzli, der heute als Filmemacher bekannt ist, nicht tolerieren. Kurzum verhängten er und seine Genossinnen und Genossen die Fassade des Restaurants Kreuz mit schwarzen Tüchern - bemalt mit weissen Grabkreuzen - und beschallten die Armeeparade aus dem Fenster heraus mit Mozarts Requiem. Dies hatte zur Folge, dass im bürgerlichen Nidau ein riesiger Krach ausbrach und viele Vereine das Kreuz fortan mieden.

DIE SCHWERE ZEIT

In den 90er Jahren wurden viele Beizen mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Fastfood-Lokale schossen wie Pilze aus dem Boden, weg vom Trend der gesunden Ernährung. Auch für das Kreuz folgten schwierige Jahre. Im Jahr 2003 wurde

die Sanierung des Saals überfällig und der Stadtrat lehnte das Geschäft, ein zinsloses Darlehen zu gewähren, ab. Es drohte das Aus für die Kulturoase. Dank der grossen Unterstützung vieler Sympathisanten wurde das Projekt dennoch verwirklicht. Im Februar 2011 wurde der Restaurationsbetrieb und damit die Genossenschaft Kreuz Nidau nach 29 Jahren eingestellt. Der Kulturbetrieb läuft unabhängig davon weiter. Seit Anfang 2016 ist Kultur Kreuz Nidau, auch mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt Nidau, als eine der kleinsten Institutionen im Kanton Bern von regionaler Bedeutung anerkannt und bietet ein vielfältiges, kulturelles Angebot an. Die Liegenschaft ist seit dem Jahr 2005 im Besitz der Stiftung Wunderland.

KULTUR KREUZ NIDAU UND DER EINZUG DES JANU

Seit dem Jahr 2015 ist das Restaurant nicht mehr als solches im Betrieb, sondern wurde in Form einer Zwischennutzung durch Kultur Kreuz Nidau mit verschiedenen Kurzprojekten «bespielt». Nun ist im ehemaligen Restaurant wieder permanent neues Leben eingekehrt. Die Jugendarbeit Nidau (JANU) ist Ende 2017 ins Kreuz gezogen und belebt es von neuem. Und für die Küche konnte mit Biberevents auch ein neuer Betreiber gefunden werden.

KOMMENTAR DER AUTORIN

DIE JUGEND IST DIE ZUKUNFT

Das Kreuz war schon immer ein Treffpunkt von Menschen unterschiedlicher Art und Weise und galt bis Ende der 90er-Jahre als alternativer Treffpunkt, welcher überregional bekannt war. Dass gerade das JANU diese Räumlichkeiten zu frischem Leben aufblühen lässt, ist erfreulich. Das JANU bietet sowohl Coachings, kulinarische wie auch kulturelle Anlässe und Ferienangebote an. Eine zukunftsorientierte Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit motivierten und zufriedenen Jugendlichen. Für das gute Zusammenleben in unserer Gemeinde ist uns eine gesunde Entwicklung der Jugendlichen wichtig. Ja, das JANU ist mehr als Prävention. Bleibt zu hoffen, dass im Kreuz Nidau auch in Zukunft eine bunt gemischte Gesellschaft ein- und ausgeht, kreuz und quer.



„Die Jugendarbeit ist ins Kreuz eingezogen und bringt wieder Leben in die Bude.“

ABSTIMMUNGEN

Stimmen Sie am 25. November ab!

NEIN ZUR REVISION DES STEUERGESETZES

Die Revision des kantonalen Steuergesetzes will, dass die kantonalen Unternehmenssteuern gesenkt werden. Profitieren werden vor allem die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen. Bei Kanton, Gemeinden und Kirchen würden dafür jährlich 161 Millionen Franken fehlen, in Nidau rund 230'000 Franken. Dass dies auf kantonaler und kommunaler Ebene zum Abbau von öffentlichen Leistungen führen würde, scheint klar. Darum lautet unsere Empfehlung: NEIN.

Finanzloch wegen Steuerbschiss?
Änderung des Steuergesetzes vom 25. November
NEIN zum Steuergeschenk für Grosskonzerne

JA ZUM ANGEPASTEN ASYLSozialhilfekredit

Der Kredit wird vor allem zur altersgerechten Unterbringung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger im Kanton benötigt. Nach der ersten Ablehnung des ursprünglichen Kredits durchs das Stimmvolk wurde dafür ein kostengünstigeres Modell erarbeitet, das zwar dem Kinderschutz gerecht wird, aber an die Grenzen des Verantwortbaren geht. Diese Lösung ist aber immernoch besser, als keine Lösung zu haben. Darum lautet die Parole der SP zur Vorlage auch JA.

JA

- › zu tieferen Kosten
- › zur Verantwortung
- › zum angepassten Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden

NEIN ZUR SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE

Internationales Recht schützt kleine Staaten wie die Schweiz vor ausufernder Machtpolitik der Weltmächte. Und international abgesicherte Menschenrechte schützen Bürgerinnen und Bürger vor Willkür durch den Staat. Insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) hat den Menschen in der Schweiz wichtige Errungenschaften beschert (z.B. Frauenstimmrecht, Entschädigung von Asbest-Opfern, Abschaffung der administrativen Versorgung). Die Selbstbestimmungsinitiative stellt diese Errungenschaften in Frage. Ausserdem darf es nie mehr zu etwas wie dem zweiten Weltkrieg kommen, wo Staaten ihre Interessen höher gewichten als die Grundrechte jedes und jeder Einzelnen. Diese Grundrechte greift die Initiative an, und darum sagen wir entschieden NEIN dazu.

DIE SCHWEIZ MACHT NICHT MIT.

NEIN ZUR ANTI-MENSCHENRECHTS-INITIATIVE

WEITERE PAROLEN DER SP SCHWEIZ:

NEIN zur Revision des Gesetzes zur Überwachung von Versicherten

JA zur Hornkuh-Initiative

Kredit annehmen Kosten halbieren
Abstimmung 25.11.2018

Aktuelle Kosten pro Tag bei einem Nein: CHF 171.-
 Kosten pro Kind bei Annahme des Kredits: CHF 140.-
 Kosten pro Jugendlichen bei Annahme des Kredits: CHF 80.-

JA

- › zu tieferen Kosten
- › zur Verantwortung
- › zum angepassten Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden

Eine breite Allianz über die Parteigrenzen hinweg unterstützt den angepassten Kredit:

FDP, Jungfreisinnige, SP, SVP, EVP, BDP, BDP, glp, glp, AL*

Investieren lohnt sich

Studien belegen eindeutig, dass selbst bei konservativsten Schätzungen jeder von der öffentlichen Hand investierte Franken um ein Mehrfaches zurück fließt, sei es durch höhere Einnahmen oder durch weniger Ausgaben für Sozialleistungen.

KINDERBETREUUNG
 FÜR ALLE
 STATT
 FÜR WENIGE



AGENDA

22. November 2018
Stadtratssitzung
 Zeit und Ort gemäss www.nidau.ch

25. November 2018
Abstimmungstermin
 Kantonale und nationale Vorlagen

9. Dezember 2018
Gulasch- & Glühweinstand der SP
 ab 10:00h, Weihnachtsmarkt Nidau

Intéressé?

N'hésitez pas à nous contacter!

info@sp-nidau.ch

facebook.com/sp-nidau

Interessiert?

Kontaktieren Sie uns!

079 963 24 22

www.sp-nidau.ch